

Freitag, 17. Januar 1997

Worms-Prozeß: Beschuldigte klagen die Staatsanwaltschaft an

„Geben Sie mir meine Ehre und meinen guten Namen zurück“ / Freispruch und Schadenersatz gefordert / Urteil am 23. Januar erwartet

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ – Emotional bewegte Schlußworte der Angeklagten, heftige Angriffe gegen die Staatsanwaltschaft, die Forderung der Verteidiger nach Freispruch, voller Rehabilitation und Schadenersatz für die Beschuldigten – so endete der vorletzte Prozeßtag im Kindesmißbrauchsverfahren „Worms drei“. Am kommenden Donnerstag werden die Urteile erwartet. Die Staatsanwaltschaft hatte für die Angeklagten, zwei Frauen und drei Männer im Alter zwischen 30 und 74 Jahren, Haftstrafen zwischen 20 Monaten und 14 Jahren verlangt.

Mehrere Verteidiger appellierten an das Gericht, Freisprüche „wegen erwiesener Unschuld“ auszusprechen und nicht etwa nur „aus Mangel an Beweisen“. Die Anwälte äußerten damit erkennbar die Befürchtung, es könne ein Urteil wie im Parallelverfahren „Worms eins“ gesprochen werden. Am 20. Dezember '96 hatte eine andere Strafkammer sechs dort Angeklagte zwar freigesprochen, zugleich jedoch betont, Kinder seien zweifellos mißbraucht worden, ohne daß Taten einzelnen Beschuldigten konkret zuzuordnen seien. Der Verteidiger Ludwig Bock (Mannheim) rückte von dem Gesichtspunkt „erwiesene Unschuld“ allerdings ab und schloß seine Frei-

spruch-Forderung mit dem Satz: „Ich hoffe, daß die Vorwürfe gegen die Angeklagten nicht zutreffen.“ Bock zeigte sich empört, daß die Staatsanwaltschaft intensiv nach der Mitgliedschaft eines 74jährigen Angeklagten in der Waffen-SS gefragt hatte. Dies erinnere ihn an Greuelpropaganda aus dem ersten Weltkrieg, so Bock. „Ich klage an“, so der Beschuldigte Steffen G. in seinem Schlußwort: „die Wildwasser-Mitarbeiterin Ute P. als diabolische Urheberin von Inquisition, die Staatsanwaltschaft wegen geschmacklosester Machenschaften, Teile der Presse wegen ungeheuerlicher Propaganda.“ Er habe seinen Glauben an den Rechtsstaat verloren,

„geben Sie mir meinen guten Namen und meine Ehre zurück“, lautete sein Appell an das Gericht. Die Staatsanwaltschaft, der Steffen G. „Karrieregelüste“ vorwarf, hatte für den 32jährigen 14 Jahre Haft gefordert. Er habe seine Gaststätte zur Herstellung von Kinderpornos zur Verfügung gestellt und die Filme vermarktet. „Ich habe meine Kinder sehr, sehr lieb. Es ist unvorstellbar, daß ich Mißbrauch akzeptiert hätte“, so eine Angeklagte. Eine andere Beschuldigte sagte: „Ich hoffe, daß ich irgendwann einmal wieder die Möglichkeit habe, mit meiner Tochter eine normale Beziehung aufzunehmen.“ Nach Auffassung der Verteidiger

haben weder Kinderrassagen noch medizinische Befunde die Anklage gestützt. „Sendungsbewußtsein“ der Staatsanwaltschaft und feministische Ideologie der Kinderschutzorganisation Wildwasser hätten dazu geführt, daß Mißbrauchserlebnisse und angebliche Täter in Kinder hineingefragt worden seien, so Verteidiger Rüdiger Weidhaas (Ludwigshafen).

In den insgesamt drei Worms-Verfahren war 13 Männern und elf Frauen ursprünglich hundertfacher Mißbrauch zur Last gelegt worden. In „Worms drei“ wird – wie schon in „Worms eins“ – mit Freisprüchen gerechnet. Ein Ende des Verfahrens „Worms zwei“ ist nicht absehbar.